Gemeinde Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 436/2012/MO/BV

Fachteam: Planen und Bauen	Datum: 16.02.2012
Bearbeiter: René Goetze	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bau- und Umweltausschuss der Gemeinde Moorrege	06.03.2012	nicht öffentlich
Gemeindevertretung Moorrege		nicht öffentlich

Aufstellung einer 21. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet östlich der Wedeler Chaussee (B431), nördlich der Straße Grothar, westlich des Gewerbe- und Mischgebietes Beesenweide und südlich der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:

Der grundsätzliche Sachverhalt wurde in der Beschlussvorlage 435/2012 zur 19. Änderung des Flächennutzungsplanes dargestellt.

Die Verwaltung schlägt vor, die am Grothar vorgesehenen Wohnbauflächen durch die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes auszuweisen.

Finanzierung:

Der Gemeinde entstehen hinsichtlich der erforderlichen Bauleitplanung sowie der Erschließung des Gebietes keine Kosten, da diese aufgrund vertraglicher Regelungen von dem Investor des Gebietes übernommen werden.

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt/ Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Zu dem bestehenden F-Plan wird die 21. Änderung aufgestellt, die für das Gebiet östlich der Wedeler Chaussee (B431), nördlich der Straße Grothar, westlich des Gewerbe- und Mischgebietes Beesenweide und südlich der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes folgende Änderungen der Planung vorsieht:
 - Ausweisung von Wohnbauflächen statt bisher landwirtschaftlicher Flä-

chen

2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).
3. Der Landschaftsplan ist dementsprechend zu ändern.
4. Mit der Ausarbeitung des Planentwurfs, der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der grenzüberschreitenden Unterrichtung der Gemeinden und Behörden soll das Büro *MÖLLER-PLAN* aus *Wedel* beauftragt werden. Die Kosten trägt der Investor.
5. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll im Rahmen eines Öffentlichkeitstermins durchgeführt werden.
6. Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger der öffentlichen Belange und die Aufforderung zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (§ 4 Abs. 1 BauGB) soll schriftlich erfolgen.

Weinberg
Bürgermeister

Anlagen: Lageplan mit Geltungsbereich